

Vor 10 Jahren standen wir an einem kalten Tag im Januar mit 100 Menschen vor der Frankenstolz-Arena und haben eine antifaschistische Protestkundgebung abgehalten. Der Anlass? Der 2. Bundesparteitag der gerade ein Jahr zuvor gegründeten Partei AfD. Wir ahnten schon damals, was uns da bevorstehen könnte.

Seit 2014 klärt das BgR AB-MIL über den extrem rechten Charakter der AfD auf und beteiligt sich an den Protesten gegen sie. Der antifaschistische Widerstand gegen die AfD tat sich lange Zeit schwer. Unsere Forderung, sie nicht auf Wahlkampfpodien einzuladen, wurden unter anderem als „undemokratisch“ abgewiesen. Währenddessen ist die AfD im Raum Aschaffenburg gewachsen und stellt mittlerweile 2 Mitglieder des bayerischen Landtags. Auch an den rechten Aufmärschen der letzten Jahre in unserer Stadt war die AfD aktiv beteiligt.

Mehrere Hunderttausend Menschen gehen nun in den ersten Wochen des Jahres 2024 in Deutschland plötzlich gegen die AfD auf die Straße. Ein Parteiverbot steht hoch im Diskurs. Auch in Aschaffenburg zeigten über 800 am vergangenen Samstag Gesicht.

Was ist passiert?

Neben der seit längerer Zeit relativ hohen Umfragewerte für Rechts und drei anstehender Wahlen in Ostdeutschland hat nun das Bekanntwerden eines elitären Treffens rechter Kreise zur Besprechung von menschenverachtenden Abschiebe- und Deportationsvisionen von Millionen Menschen aus Deutschland anscheinend das Fass zum überlaufen gebracht. **Die Menschen haben die Schnauze voll von der AfD!**

Viele sehen in den derzeitigen Protesten kein Strohfeuer, sondern ein Zeichen der Hoffnung, den Beginn großer gesellschaftlicher Gegenwehr gegen den Aufstieg faschistischer Kräfte.

Damit der Protest weiter an Substanz und Schlagkraft gewinnt, sollte sich der Blick nicht nur auf die AfD verengen. Es gibt weitere Ursachen für die Rechtsverschiebung als diese Partei. Die Politik der derzeitigen Regierung sowie der größten Oppositionsfraktion lässt sich von Rechtsaußen treiben. Kanzler & Co. posieren an der Spitze der Demos gegen rechte Vertreibungsfantasien, halten aber beste Beziehungen zu Machthabern, die für Vertreibungen im großen Maßstab verantwortlich sind.

Gerade als die Proteste gegen die AfD neu aufflammten, hat die Ampel-Regierung eine weitere Aushöhlung und faktische Neutralisierung des Grundrechts auf Asyl unter dem zynischen Titel „Rückführungsverbesserungsgesetz“ verabschiedet. Nun werden z. B. vor ISIS geflohene Ezid*innen abgeschoben und der Abschiebestopp in den Iran läuft einfach aus. **Dort werden immer noch junge Menschen wegen der Proteste gegen die islamistische Regierung zur Todesstrafe verurteilt.**

Waren es nicht gerade die Erfahrungen aus Krieg und Holocaust und aus dem antifaschistischen Widerstand, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes dazu veranlassten, im Artikel 16 ein **schrankenloses** Asylrecht zu verankern? 1992/93 wurde es im so genannten Asylkompromiss bereits entkernt. Dazu wurde – wie heute – eine rechte Stimmung gegen Migrant*innen und Geflüchtete genutzt.

Die zu Recht empörenden „Remigrations“-Vorstellungen sind nicht neu - spätestens seit 2018 verschriftlicht und bekannt (z.B. durch Aussagen von Höcke). Sie können auf eine verstörende Anschlussfähigkeit bis weit in die politische Mitte sowie auf die immer stärkere Ökonomisierung der Asylfrage aufsetzen.

Ökonomisierung meint hier die Einteilung in „nützliche, verwertbare“ oder „schmarotzende, überflüssige“ Menschengruppen. Sie war und ist auch für den Faschismus konstitutiv. Im Hinblick auf Haushaltskürzungen und das Festhalten an der Schuldenbremse bei in der BRD nie dagewesenen Ausgaben für militärische Aufrüstung gibt es kräftige Kürzungen im sozialen Bereich. Inflation und Niedriglohnsektor verschärfen die existenzielle Situation vieler Menschen. Diese Politik wird begleitet von einer Diffamierungskampagne, die Armut und Arme bestrafen und disziplinieren will, aber keinen sozialen Ausweg bietet. Und Errungenschaften wie das Streikrecht werden in diesen Tagen leichtfertig zur disposition Gestellt. Hier setzen – wie immer in der Geschichte – rechte Kräfte erfolgreich an.

Das dürfen wir nicht zulassen!

Was uns weiter Sorgen bereitet: Die Verschärfungen der Polizeiaufgabengesetze in mehreren Bundesländern, die Ermöglichung wochenlanger präventiver Ingewahrsamnahme ohne belegten Anfangsverdacht auf eine begangene Straftat sind Realität. Sie werden bereits heute gegen politische Aktivist*innen – beispielsweise aus der Klimabewegung – umgesetzt. So werden rechtsstaatliche Prinzipien ausgehöhlt und Werkzeuge geschaffen, welche eine AfD an der Macht dankend aufgreifen wird.

Diese Aufzählung ließe sich weiter fortführen, etwa im Hinblick auf die Ausweitung von Überwachungstechnologie, das geplante Verbot verschlüsselter Kommunikation durch die EU-Kommission, Normalisierung von Krieg und Militarisierung oder die Einengung der Meinungskorridore im öffentlichen Diskurs.

All diese Entwicklungen tragen ihren Teil zum weiteren Abbau demokratischer Errungenschaften und Freiheiten bei. In ihnen liegt auch das Potential zu einer zunehmenden Fasisierung. Dieses Geschäft betreiben die regierenden Parteien in Bund und Ländern heute bereits selbst. Auch ein AfD-Verbot wird solche Tendenzen leider nicht aufheben. Sie spielen mit dem Feuer.

Was gilt es jetzt weiterhin zu tun?

Die riesigen, spontanen Proteste gegen die AfD machen Mut. In den östlichen Bundesländern bieten sie lokal teilweise zum ersten Mal einen Rahmen, indem Menschen ihren Antifaschismus überhaupt offen und ohne Angst auf die Straße tragen und sich sammeln können. Vor allem auch im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen **gilt es dort zu unterstützen!**

Aber sie werden die überzeugten AfD-Wähler kaum davon abhalten, der Partei zu realer Macht und Wahlsiegen zu verhelfen. Neuesten Meldungen zufolge hat die AfD in den letzten Wochen sogar einen verstärkten Mitgliederzuwachs erfahren.

Der antifaschistische Widerstand sollte sich langfristig aufstellen und auf verschiedenen Ebenen aktiv werden. Dazu gehört auch, auf anderen Themenfeldern für eine starke linke und sozial gerechte Politik zu kämpfen und den Rechten in Sachen sozialer Frage nicht das Feld zu überlassen.

Als Bündnis gegen Rechts sind wir seit über 30 Jahren auf dieser Grundlage gegen rechte Entwicklungen im Raum Aschaffenburg-Miltenberg aktiv. Damit das weiterhin klappt, brauchen wir eure Unterstützung:

Keine Ruhe den Faschisten! Wehrt euch, leistet Widerstand!